

# Volksstimme

Einzelpreis 2 1/2 Millionen

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Panig, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-Luch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 901. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 1. bis 6. Oktober 1350000000 Mark, ab 1. Oktober 1325000000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gepalte, 27 Millimeter breite Normalzeile örtlich 81 M., auswärts 108 M.; Familienanzeigen und Stellenangebote 42 M.; Vereinstafeln 96 M.; die dreizehnpaltige, 90 Millimeter breite Anzeigenzeile örtlich 420 M., auswärts 540 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schließzahl des Vereins der Deutsch. Zeitungsverleger, ab 1. Okt. 60 000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg

Nr. 232.

Magdeburg, Freitag den 5. Oktober 1923.

34. Jahrgang.

## Das Kabinett Stresemann gestürzt

### Es hat seinen Rücktritt beschlossen.

In der Nacht zum Donnerstag hat das Ministerium der großen Koalition beschlossen, dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt anzubieten. Die Demission wurde angenommen. Es ist erreicht, jubeln die Schwerindustriellen. Macht haben der Volkspartei. Diese Partei des mobilen Kapitals hat die große Koalition, um die sie drei Jahre lang geworben hat, gesprengt. Sie hat erst ihren Reichswirtschaftsminister hinausgeworfen, dann ihren eignen Reichskanzler gestürzt! Sie hat noch mehr getan! Die Deutsche Volkspartei, die ehemals nationalliberale „Partei der Reichsgründung“ hat damit den schwersten Schlag gegen das Reich geführt!

Der Reichspräsident hat dem bisherigen Reichskanzler Stresemann den Auftrag erteilt, die neue Regierung zu bilden, Stresemann hat den Auftrag angenommen.

Die Volkspartei hat im Auftrag ihrer Schwerindustriellen Geldgeber die Sozialdemokratie aus der Regierung hinausgedrängt. Die andern bürgerlichen Mittelparteien haben dieses Manöver nicht verhindert. Nun ist es deren Pflicht, die Entwicklung in verfassungsmäßigen Bahnen zu erhalten und eine neue Regierung zustande zu bringen, die sich auf eine Mehrheit des Parlaments stützt. Das ist nur mit Hilfe der deutschnationalen Verschwörer möglich.

Scholz, der neue Fraktionsführer der Volkspartei, hat deren Beteiligung an der Regierung gefordert. Stresemann ist berufen, sich diesem Diktat zu beugen. Der wirkliche Reichskanzler würde dann Helfferich heißen, wie er das während der neun Monate Cuno-Miswirtschaft gewesen ist.

Stresemann hat im Rehrtmachen viel Übung. Ob er in wenigen Stunden auch diese läche Rechtschönkung vornehmen kann, wird sich herausstellen. Die Sozialdemokratie muß bei einer solchen Wendung der Dinge natürlich in die schärfste Opposition treten.

Der neuen Regierung, deren Bildung den bürgerlichen Parteien zufällt, kommt zuallererst die Aufgabe zu, die von der äußersten Rechten her drohende Gefahr eines Bürgerkriegs mit dem Ziel eines verfassungswidrigen Gewaltregiments abzuwehren.

Die Sozialdemokratie ist bis an die Grenze der Selbstverleugnung gegangen, um dem deutschen Volke das Schwerkste, das jetzt droht, fernzuhalten. Die Volkspartei hat sie aus der Verantwortung hinausgedrängt, indem sie Zimmungen an sie stellte, von denen sie wußte, daß ein Eingehen auf sie nicht zu erwarten war.

Jetzt kann jeder Tag die Partei vor Entscheidungen von außerordentlicher Tragweite stellen. Durch das Scheitern des Experiments mit der großen Koalition ist — so bemerkt der „Vorwärts“, der ein Anhänger der großen Koalition war — eine vollständig neue Situation geschaffen. Neue Fragen werden auftauchen, hinter denen die der Vergangenheit verschwinden.

Da muß die Partei einig, geschlossen und diszipliniert auftreten, um gegenüber den großen Gefahren der allerersten Zukunft gewappnet dazustehen und sofort eingreifen zu können.

### Die letzten Verhandlungen.

An anderer Stelle werden die Verhandlungen geschildert, die bis zum Nachmittag des Mittwoch zwischen den Fraktionen geführt wurden. Der „Vorwärts“ bringt dann noch Mitteilungen über die allerletzten Verhandlungen bis zum späten Abend des Mittwoch. Wir geben daraus das Wesentliche wieder:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte Mittwoch mittag den Beschluß gefaßt, Erklärungen über die Formulierung der programmatischen Erklärung zur Arbeitszeitfrage neue Verhandlungen einzuleiten, zweitens eine Ausdehnung des Ermächtigungsgesetzes auf sozialpolitische Fragen abzulehnen. Verhandlungen im Kabinett und zwischen den Parteiführern ergaben, daß sich über die Formulierung der programmatischen Erklärung in der Kanzlerrede wohl noch reden ließe, daß aber in der Frage, wie weit das Ermächtigungsgesetz auszuweiten sei, sich eine Einigung kaum würde erzielen lassen.

In den Abendstunden kam ein Vermittlungsvorschlag von demokratischer Seite, das Arbeitszeitgesetz auf dem regulären Wege der Gesetzgebung zur Beratung zu bringen, es also der Verordnungsgewalt,

die die Regierung durch das Ermächtigungsgesetz erhalten sollte, zu entziehen. Die sozialdemokratische Fraktion war bereit, auf diesen Vermittlungsvorschlag einzugehen. Er konnte freilich nur dann zur Beseitigung der Schwierigkeiten führen, wenn im Reichstag eine sachliche Einigung gelang, was bei dem Verhalten der Volkspartei und eines Teiles des Zentrums zweifelhaft war. Immerhin konnte das Kabinett durch Annahme dieses Vorschlags zunächst gerettet werden.

In der folgenden Kabinettsitzung um 1/2 7 Uhr abends zeigte sich, daß die demokratischen Kabinettsmitglieder von dem Vorschlag ihrer Freunde nicht unterrichtet waren. Eine Einigung auf dem Boden dieses Vorschlags war nicht zu erzielen. Die sozialdemokratischen Minister kamen um 9 Uhr abends in die Fraktion mit dem Bescheid zurück, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei noch einmal vor die Entscheidung gestellt, ob sie die Regelung auch der sozialpolitischen Angelegenheiten einschließlich der Arbeitszeit auf dem Verordnungsweg zustimmen wolle oder nicht.

Obgleich damit zu rechnen war, daß das Festhalten an dem Beschluß vom Vormittag zur Krise führen würde, und obgleich man sich über die unabsehbaren Folgen dieser Krise im klaren war, kam die Fraktion mit 61 gegen 54 Stimmen zu dem Beschluß, festzuhalten. Die Ansicht überwog, daß nach dem brutalen Vorstoß der Volkspartei vom Tage zuvor die Ausschichten, zu einer Einigung zu gelangen, so wie sie erschüttert seien. Die Fraktion könne nicht ein Ermächtigungsgesetz beschließen, das dazu mißbraucht werden könne, durch Majorisierung der Sozialdemokraten im Kabinett eine Entscheidung gegen die Interessen der Arbeiter herbeizuführen.

Mit diesem Beschluß gingen die sozialdemokratischen Minister wieder in das Kabinett zurück. Dort hielten die volksparteilichen Mitglieder das Ultimatum ihrer Fraktion aufrecht. Diese wollte dem Reichstagspräsidenten den Garauß machen. Die bürgerlichen Mittelparteien waren lau. Sie setzten nicht durch, daß die Volkspartei auf das Verlangen der Sozialdemokratie einging. Der Befehl der Schwerindustrie erdrückte alle politischen Erwägungen.

Die Krise war da. Das Kabinett der großen Koalition beschloß seinen Rücktritt.

### Der Kern des Konflikts.

Nicht der Achtstundentag, nicht die Demobilisierungsvorschriften, nicht die Zurückdrängung der Sozialdemokratie, nicht die Sorge um die Sozialpolitik, um Erwerbslosen- und Sozialrentnerfragen, nicht der Kampf „gegen den Marxismus“ stehen in erster Linie des Konflikts, sondern lediglich die Frage, wer den verlorenen Krieg bezahlen soll.

Das fundierte und bewegliche Kapital hat sich bisher darum gedrückt. Es hat aus dem Krieg und aus der Not nach dem Kriege Riesengewinne gemünzt. Es hat sich zum wirtschaftlichen Herrn und Gebieter des Staates aufgeworfen. Wir andern sind alle seine Sklaven geworden, denen die Kartelle und Syndikate wie die einzelnen Industriekapitale und Agrarmagnaten mit ihrer souveränen Preisdiktatur das Hemd vom Leibe ziehen und die letzte Kraft aus den Knochen.

Das Kabinett Cuno hat die Machtstellung der Substanzbesitzer mit allen Mitteln vergrößert und vermehrt. Als der Gegenstoß zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Massen der Papiermarkempfänger bei einem Dollarkurs von fünf Millionen allzu schmerzhaft wurde, stürzte es zusammen. Das Ministerium der großen Koalition unter Stresemanns Führung kam. Die Volkspartei mußte unter dem Jorke der Massen die Forderungen der Sozialdemokratie schlucken.

Das Großkapital von Kr und Schlot mußte fürchten, daß nunmehr Ernst gemacht wurde mit der Umkehr, daß es zur Deckung der Kriegskosten voll herangezogen wurde. Die Erfassung der Sachwerte, die Goldhypothek auf den fundierten Besitz drohte.

Das Großkapital begann die Gegenwehr. Am Tage nach Stresemanns Amtsantritt begannen seine Schwerindustriellen Parteigenossen die Gegenminen zu legen und die Minengänge zu graben. Die deutschnationalen Interessenbrüder halfen eifrig. Nach sechs Wochen war man fertig. Dienstfertig, gehoriam wie Kulis brachte die Fraktion der Volkspartei die Mine zur Entladung. Das Kabinett

der großen Koalition flog auf. Surra, wir brauchen nicht zu zahlen! Es bleibt wie es war: nur die Massen leisten den Siegern den Tribut.

Selbst ein bürgerliches Blatt, die demokratische Berliner „Bosische Zeitung“, beginnt diese Zusammenhänge zu erkennen. Es schreibt:

So sehr alles den Anschein hat, daß es sich hier im Grunde genommen um Strömungen und Strömungen handelt, die von winzigem Ausmaß sind, so liegt der Kern der Sache doch tiefer. Was sich äußerlich als parlamentarische Intrigenwelt ausnimmt, ist in Wirklichkeit ein ernstlicher Kampf sehr gewichtiger wirtschaftlicher Interessen. Es handelt sich in letzter Linie um nichts anderes als um die Lösung der Frage, wer die Kosten der letzten Monate bezahlen soll, ob die Gesundung der deutschen Wirtschaft allein durch Mehrleistungen der Arbeiter oder durch gleichzeitige Steuerleistungen der besitzenden Klassen beglichen werden soll, die zum Teil eine Nachholung dessen darstellen, was bisher unterblieben ist. Die Kräfte in der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und in der demokratischen Partei, die sich bemüht haben, einen Ausgleich in diesen Interessengegenständen herbeizuführen, sind gescheitert. Den Sieg haben, dank auch besonders der Hilfe der französischen Machtpolitik, die rechtserkennenden Kreise in Deutschland davongetragen.

Zunächst wird das vielleicht noch verschleiert werden. Da das Zentrum und die Demokraten es abgesehen haben, mit den deutschnationalen eine Regierung zu bilden, wird vielleicht — mit Stresemann als Kanzler? — zunächst ein Kabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gebildet werden. Aber ob es von langem oder kurzem Bestand sein wird, ob es in der Lage ist, die Kräfte, die sich von rechts oder von links regen, niederzulassen — das eine ist jedenfalls ersichtlich: daß die innern und äußern Verhältnisse des Reiches ungewisser als je erscheinen.

Wir wollen nicht zahlen, sagt das Kapital. Die Massen müssen zahlen, wie sie das in der Vergangenheit getan haben. Daher Abschaffung des Achtstundentags, daher diktatorische Vollmachten, um alle Bestimmungen hinwegzuräumen, die der schrankenlosen Ausbeutung der Hand- und Kopparbeiter noch im Wege stehen. Und wenn Deutschland darüber zerfällt und zerbricht, wir Kapitalisten geben nichts her!

Das ist der Kern des Konflikts. Stresemann bemüht sich jetzt, dem Befehl der schweren Sachwertbesitzer Folge zu leisten und eine bürgerliche Regierung zustande zu bringen, die nach wie vor das Großkapital schützt und schon. Und wenn's zum Bürgerkrieg kommen sollte, die Kapitalisten geben freiwillig nichts her von ihren erlassenen Reichthümern.

Mit uns der Besitz, mit uns der Sieg!

### Wie es zum Rücktritt kam.

Die in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch geführten Besprechungen über die Lösung der durch die Volkspartei heraufbeschorenen Regierungskrise wurden bereits am Mittwoch in den ersten Vormittagstunden fortgesetzt. Den Beratungen der Fraktionen lag eine Formulierung über die vom Reichskanzler beabsichtigte Erklärung betr. das Ermächtigungsgesetz zugrunde. Die Formulierung hat folgenden Wortlaut:

Die äußerste Not unseres Volk im schwersten Dingen um seine wirtschaftliche und politische Existenz zwingt uns, vorläufig in der Produktion die Arbeitszeit auf das Maß zu erhöhen, das gesundheitlich tragbar erscheint. Insbesondere ist im Bergbau unter Tag eine Arbeitszeit von acht Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt unerlässlich. Analog muß auch der Industrie, insbesondere zur Ausnutzung der Exportkonjunktur und zur vermehrten Ausnutzung inländischer Rohstoffe die Möglichkeit zur Uebererschreitung der achtstündigen Arbeitszeit gegeben werden. Für die öffentliche Verwaltung müssen ähnliche Grundzüge sinngemäß angewendet werden. Dabei ist selbstverständlich für schwere und gesundheitsgefährliche Betriebe der Achtstundentag beizubehalten.

Die sozialdemokratische Fraktion, die um 10 Uhr zusammentrat, konnte sich nicht bereit erklären, dieser Formulierung zuzustimmen, entschied sich jedoch dafür, dem Kabinett gegebenenfalls Ermächtigungen in finanz- und wirtschaftspolitischen Hinsicht zu geben. Ueber die sozialpolitischen Fragen, insbesondere die Frage des Achtstundentags, sollten die sozialdemokratischen Unterhändler weitere Besprechungen führen. Außerdem beschäftigte sich die Fraktion mit der Klärung des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Reich. Sie erklärte sich einverstanden mit der von dem Reichskanzler beabsichtigten Erklärung, um dadurch die Position des Reiches zu stärken und die des bayrischen Generalstaatskommissars nach Möglichkeit zu entkräften. Der tags zuvor gefaßte Beschluß über die personellen Veränderungen im dem Kabinett der



bereit, dem Kabinett in finanzieller Hinsicht weitgehende Ermäßigungen zu geben.

### In den am Mittwoch geführten Verhandlungen über die Lösung der Krise

Hat die Sozialdemokratie den besten Willen zur Einigung gezeigt, weil sie davon überzeugt ist, daß die gegenwärtige Krise den endgültigen Zerfall des Reiches und damit das Bestehen der demokratischen Parteien, Petersen, hat versucht, auf die Volkspartei einzureden und sie zu bitten, der Sozialdemokratie das Verbleiben in der Regierung nicht unmöglich zu machen. Aber die Vernunft unterlag der von den Deutschnationalen indirekt diktierten Unvernunft. Die Volkspartei konnte sich nicht zu Zugeständnissen entschließen, sondern bestand auf einer Formulierung, die den

### Sieg der Schwerindustrie

nicht nur über die Arbeiterschaft, sondern auch über den Staat bedeutete hätte. So fällt ihr nicht nur die Verantwortung für die Erschütterung der von einer starken Mehrheit getragenen Regierung, sondern auch die Verantwortung für die Zukunft zu.

Was soll werden? Wir sind bereit, weiterhin mitzuarbeiten. Voraussetzung dafür ist eine starke Politik gegenüber den Verächtern der Reichsverfassung, eine Machtpolitik im Rahmen des Möglichen auch gegenüber Bayern. Ohne eine starke Heranziehung des Westens, ohne scharfe Maßnahmen gegen Steuerhinterziehungen und ohne eine wahrhafte Aktivität in der Außenpolitik wie ohne zielbewusste Innenpolitik ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Die Opfer, die von dem deutschen Volke zu verlangen sind, müssen gemäß dem Kräfteverhältnis auf die Bevölkerung insgesamt verteilt werden. Nicht mehr und nicht weniger will die Sozialdemokratie, und wir sind der festen Überzeugung, daß die Arbeitnehmerschaft mit uns in diesem Sinne geschlossen einer Auffassung ist. Eine Reichstagsauflösung brauchen wir deshalb nicht zu fürchten. Parolen haben uns die bürgerlichen Parteien für diesen Kampf zur Genüge gegeben.

### Früher und jetzt.

Unser Hamburger Parteiblatt, das dortige „Echo“, gibt scharf umrissen einen Vergleich zwischen früher und jetzt. Es weist mit Recht auf den Wert der Weimarer Verfassung hin, für deren Erhaltung die Arbeiter mit aller Kraft zu sorgen haben:

„Die von Ruhr gelegte Mine ist also explodiert. Noch haben sich Rauch und Staub nicht völlig verzogen, noch ist nicht klar, welches die Folgen sein werden. Der Vorgang zeigt aber erneut, mit welchen Schwierigkeiten die Herausbildung eines neuen politischen Systems in Deutschland zu rechnen hat.

Vor dem Kriege wurde die Sozialdemokratie zu verantwortlicher Betätigung nicht herangeführt; der Obrigkeitssinn wehrte überhaupt den Massen eine entscheidende Mitwirkung. Auch die bürgerlichen Parteien mußten von hinten herum ihre Aufgaben zu erfüllen suchen. Das Junkertum und die in seinem Dienst arbeitende Staatsbürokratie herrschten und regierten. Dabei konnten sich politische Fähigkeiten nicht ausbilden; die bürgerlichen Massen ließen aber im allgemeinen diese Regierungsart sich gefallen, denn der Staat war ein zuverlässiger Wächter vor den Selbstschäden der Bourgeoisie und er hielt die Sozialdemokratie unter Druck.

Nun aber kommt plötzlich die Sozialdemokratie zur Mitbestimmung, und noch dazu in einer Zeit, die an den Besitz die härtesten Anforderungen stellen muß. Was Wunder, wenn die Parteien des Grund- und Kapitalbesitzes diesen Zustand als noch empfinden, das sie abzumenden suchen.

Aber was ist das für eine politische Kurzsichtigkeit; die Herrschaften machen es wie der Vogel Strauß, sie stecken den Kopf in den Sand und glauben, dann sei die Gefahr nicht mehr

Die Aufführung verriet, wie sehr diese Aufgaben den Darstellern ans Herz gewachsen waren. Was wir bei Toller's „Wandlung“ feststellen konnten, bestätigt sich wiederum: daß unsere Schauspieler für ernsthafte, innerliche Bühnendichtung, für den künstlerischen Pulsschlag unserer Zeit, ein unmittelbares Verständnis haben. Bühnening hätte man sich im dritten Akt, im Gespräch mit dem Pfarrer, vielleicht etwas weniger apathisch gewünscht; im übrigen meisterte er diese große Rolle wunderbar. Rühre Kröner hatte sich mit ihm gemeinsam in ihre Aufgabe hineingedacht und bot viel Jungeres und Mütterliches. Von Söhlern haben wir noch nie so überzeugend spielen gesehen: sein Pfarrer Kottler war überzeugend bis zur Erschütterung. Die Koffjegg als mystische und doch gültige und brave Alte, der auch der Dialekt sehr gut zuhatten kam, und Fritz Schmitt mit der maßvoll und klug angelegten Figur des Ferningen seien noch rühmend erwähnt. Die Spielleitung des Dr. Winds hätte eine modernere Auffassung getragen: man stapft ein modernes Zimmer nicht so voll wie im dritten Akt. Das war bössartiges Farben- und Stilgemengel und selbst Hausgreuel fehlten nicht. Warum wird das Zimmer nicht stilisiert?

Aber im großen und ganzen konnte man recht zufrieden sein. Wir möchten der Intendanz nahelegen, unsere Schauspieler recht oft mit solchen interessanten und bedeutenden Aufgaben zu betrauen. Unser Publikum, wenn es auch vielfach noch laffisch ist, muß zur zeitgenössischen Bühnendichtung erzogen werden.

### Konzert.

Die Magdeburger Volksbühne veranstaltete am Mittwoch einen Kammermusikabend für ihre Mitglieder durch das Berg-Kade-Streichquartett. Das Quartett hat sich vorzüglich bei uns eingeführt. Sein Programm für den Abend war inhaltreich, in der Ausführung sehr lobenswert. Durchsicht eröffnete es mit seinem Quartett in F-Dur. In diesem Quartett verbindet sich Volkstümlichkeit mit klassischer Meisterhaftigkeit. Den Schluß des Programms bildete ein Quartett eines Geistesverwandten, Smetana. Dies Quartett „Aus meinem Leben“ bildet gewissermaßen keine Memoiren, einen zusammenfassenden Rückblick auf den wechselnden Stimmungsbilder seines Lebens. Die Spieler gingen auf jede Regung des Komponisten ein. Die zweite Kammer des Programms war Mozarts Quartett in A-Dur, bei dem sich zu dem Streichquartett der Herren Berg, Weinberg, Göber und Kade unter Ausschaltung der zweiten Violine Herr John Kramer als Fünftiger gesellte. Das graziöse Quartett wurde im Stile Mozarts gespielt und trug den Künstlern und der Besetzung Anerkennung ein, die sie auch bei dem Quartett der Herren Weinberg, Berg, Göber und Kramer gefunden haben.

da. Erreichen die bayerischen Volksparteier und Deutschnationalen ihr Ziel der Herstellung einer sozialistischen Regierung, so werden sie notwendig in den Massen einen Sturm der Empörung auslösen und es wird der Bestand des Reiches einer Belastung ausgesetzt, die nicht ertragen werden kann.

Über vielleicht wird dies beachtet? Vielleicht liegt ein Spiel mit verteilten Rollen vor, in dem auch die bewaffneten Banden, wie eine in München aufgetreten ist, ihre Aufgabe zu erfüllen haben. Der Kenner des Bamberger Parteiprogramms der Bayerischen Volkspartei weiß das Ziel der Reise. In diesem 1919 festgelegten Programm wird die Beseitigung der Verfassung von Weimar gefordert und eine neue Verfassung, die sogar in die Zeit des Deutschen Bundes zurückweist. Natürlich ist nicht nur an den Abbau der formalen Demokratie gedacht, sondern der soziale Gehalt, der den Proletariatsmassen die Weimarsche Verfassung besonders teuer macht, soll getilgt werden.

Die Deutschnationalen möchten ein Regiment aufrichten, wie es sich in dem Junker v. Raehne verkörpert; und die Bayerische Volkspartei handelt nach dem Worte des Bischofs Schuler: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Des feudalen und Merkantilromantischen Aufpuges entkleidet, erscheint das gleiche Streben bei der Deutschen Volkspartei in der Formel der Steigerung der Arbeitsproduktivität, und damit meinen sie nicht, was durchaus in unserem Sinne liegt, die Verbesserung der technischen Ausrüstung der Betriebe und die Modernisierung ihrer Organisation, sondern um die Beseitigung des Achtstundentags ist es ihnen zu tun.

Die Proletarier zur Linken der Sozialdemokratie, die so oft die Weimarsche Verfassung geschmäht haben, werden vielleicht jetzt ein wenig Verständnis gewinnen für ihre Bedeutung. Kein Zweifel, daß jeder Anschlag auf diese Verfassung den äußersten Widerstand des Proletariats finden wird, und zwar werden die Massen der christlichen Arbeiter an der Seite der Sozialdemokraten mit Leib und Leben die Verfassung verteidigen. Es gibt keine Klasse, deren Freundschaft für das einheitliche Reich die der Arbeiterklasse übertrifft kann, aber zum weissen Schemen darf die Verfassung nicht werden, sie soll sozialen Sinn und demokratischen Gehalt haben. Wer diesen Sinn umbiegen, diesen Gehalt rauben will, der fordert die Arbeiterklasse zum Kampfe heraus.

### Der Kampf um den Achtstundentag.

Eine im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegende Notwendigkeit zu dem Vorstoß der Deutschen Volkspartei, hinter dem lediglich der Wille der Schwerindustrie steht, lag nicht vor. Gewiß muß die deutsche Produktion gesteigert werden. Aber das ist zuallererst eine Frage der Dauer der Arbeitszeit. Viel wichtiger sind stabile Währungsverhältnisse, politische Ruhe, auskömmliche Entlohnung und technische Verbesserungen der Betriebe. Die jetzige Wirtschaftskrise hindert uns ja sogar an der Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskraft. Etwa ein Behntel der deutschen Arbeiterschaft ist gegenwärtig voll erwerbslos, mindestens ein weiteres Drittel hat Kurzarbeit bis herunter zu acht Stunden wöchentlich. Das gilt nicht nur für die Industrien, die auf dem innern Absatz angewiesen sind, sondern auch für die Exportindustrien.

Lediglich im Bergbau brauchen wir die sofortige und stärkste Steigerung der Erzeugung. Aber im Ruhrgebiet ist die Arbeit überhaupt noch nicht aufgenommen. Politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten hindern sie gleichermaßen. Im Braunkohlenbergbau des unbesetzten Deutschland klagt man über Absatzmangel! Braunkohlen und Brikette sind wegen der Uebergoldpreise nicht absetzbar. Massenentlassungen und Kurzarbeit bestehen auch hier. Im niederdeutschen Steinkohlenbergbau sind jetzt ebenfalls Feierlichkeiten eingelegt worden. Auch dort kann die Erzeugung nicht voll abgesetzt werden. Solange englische Kohle billiger ist als deutsche, wird der Bedarf der Wirtschaft mit ausländischer Kohle gedeckt werden. Das hat ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand ist, wird auf allen Seiten anerkannt. Am meisten aber bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten. Sie wissen, daß der starke Devisenbedarf für Kohle die Devisenfurche und die Preise aller Waren in die Höhe treibt. Währung und Wirtschaft zerstört und die Preisbesitzer am meisten schädigt. Die Bergarbeiter sind deshalb bereit, die Kohlenförderung mit allen Kräften zu steigern. Das haben sie bereits bewiesen. Viele Monate hindurch wurden in allen Bezirken Ueberstunden und Ueberleistungen geleistet. Als die Glasindustrie im Herbst 1922 wegen Kohlenmangels stillgelegt werden sollte, da haben die Bergarbeiter des Senftenberger Gebiets wochenlang Ueberstunden und Sonntagsarbeit geleistet und die angebotene Mehrbezahlung der Unterhaltungskasse überwiesen. Auch in vielen andern Industrien sind Ueberstunden, die notwendig waren, stets geleistet worden.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß, daß die Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands sich nur bessern können, daß die Preisdiktatur der Kartelle und Syndikate nur gebrochen werden kann, wenn das Warenangebot wesentlich vergrößert wird und die deutsche Handelsbilanz dauernd aktiv ist. Sie will diesen Zustand mit allen Mitteln erreichen und wird dabei auch vor der Leistung von Ueberstunden nicht zurückschrecken. Die Gewerkschaften sind bereit, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit notwendige Ueberstundenarbeit im Bergbau und in andern Industriezweigen geleistet wird.

Aber das Verlangen der Deutschen Volkspartei nach glatter Aufhebung des Achtstundentags dient nicht dem Zwecke der Steigerung der deutschen Produktion, sondern ist ein Diktat gegen die Arbeiterklasse. Sein Zweck ist in erster Linie, die Zustimmung der Arbeiter und der Gewerkschaften bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses auszuschalten. 1918 rief man in der höchsten Not die Gewerkschaften zur Regelung der deutschen Produktion herbei. Heute will man

ohne und gegen die Gewerkschaften das alte Herrntum in den Unternehmungen wieder herstellen. Der Beseitigung des Achtstundentags soll folgen die Beseitigung aller Demobilisierungsvorschriften, die Stilllegungsverordnung, ja des Betriebsratsgesetzes. Bisher gestand jeder Industrielle zu, nur freiwillig geleistete Mehrarbeit die Produktion erhöhe. Heute will man den Zwang, trotzdem er wirtschaftlich Vorteile nicht verspricht. Der Kampf gegen den Achtstundentag ist kein Kampf für Mehrerzeugung, sondern ein Kampf für Mehrrentum.

In seiner Stuttgarter Rede forderte Stresemann die Wehrpflicht der Arbeit und Wehrpflicht des Westens. Nur hat der West nichts geleistet. Stärker als je bekämpft er die Steuerlasten. Just in diesem Augenblick aber soll die Wehrpflicht der Arbeit mit der Ausschaltung ihrer Organisationen beginnen! Die Bergarbeiter waren die zuverlässigsten Träger des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet. Wie oft hat man sie als Helden gefeiert und sie gepriesen, daß sie nicht unter französischen Bajonetten gearbeitet haben. Ununterbrochen hat man ihnen eingehämmert, daß sie nicht nur den Kampf führen um ihre Heimat, um die demokratische Republik, sondern auch um den Siebenstundentag. Ohne sie zu fragen, ohne ihnen klarzumachen, daß sie nun für die deutsche Wirtschaft neue Lasten auf sich nehmen müßten, wird wie im alten preussischen Staate die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit befohlen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat während der zweitägigen Auseinandersetzungen über die Arbeitszeit keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihre ganze moralische Autorität einsetze, um überall dort zur Mehrleistung, zur Mehrerzeugung zu kommen, wo sie im Interesse der deutschen Wirtschaft erforderlich ist. Nur dieser Weg gibt die Gewißheit, daß die von Arbeitern und Angestellten und Beamten geforderten Anstrengungen auch wirklich erfolgen. Wäre die Forderung der Deutschen Volkspartei nach Steigerung der deutschen Produktion nur von sachlichen Erwägungen diktiert, so hätte sie diesen Weg dankbar beschreiten müssen. Daß sie ihn ablehnte, daß sie auf der Unterwerfung unter ihr Diktat bestand, kann nicht anders gedeutet werden, als der Versuch der Schwerindustrie, den Fabrikabsolutismus in seiner reinsten Form heraufzukeilen. Zum Gambler eines solchen Versuches durfte sich die Sozialdemokratie nicht hergeben.

### Meldungen von der Ruhr.

#### Vom Siegestraume diktiert.

In Düsseldorf sind Wohnungen aller Gewerkschaften durch den Adjutanten des Generals Degoutte empfangen worden. Wegen Wiederaufnahme der Arbeit wurden französischerseits folgende Bedingungen gestellt: 1. Abschaffung des Betriebsratsgesetzes; 2. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und der Akkordarbeit; 3. Aufnahme jeder zugewiesenen Arbeit, widrigenfalls Ausweisung erfolgt; 4. für die Eisenbahner gelten die bereits bekanntgegebenen Bedingungen; 5. Unterdrückung jeder Unruhe mit Waffengewalt; 6. Verschärfung des Strafrechts.

Da nicht anzunehmen ist, daß sich die Väter dieser Bedingungen in dem Glauben wiegen könnten, sie würden von den Ruhrarbeitern angenommen, bleibt nur der Schluß, daß den Franzosen an einer glatten Wiederaufnahme der Arbeit nicht viel gelegen ist. Denselben Schluß läßt auch die Tatsache zu, daß im Ruhrgebiet auch weiterhin rückwärtslos ausgewiesen, verhaftet, beraubt und Geld geraubt wird. Die Ruhrproduktion kann nur in aller Stärke wieder einsetzen, wenn auf dem Verhandlungsweg mit den Gewerkschaften Bedingungen aufgestellt werden, die dem Empfinden freigeorganisierter nicht nur Gehalt schlagender wie die vorgenannten Degouttes.

#### Verkehrte Welt.

Der Polizeidezernent der Stadt Düsseldorf, ferner Polizeioberinspektor Hoefner, Kriminalinspektor Bollenberg, Kommandeur der Schutzpolizei Major Engel und Leutnant Voigt sind von französischen Kriegsgewalt in der Voruntersuchung wegen Ueberfälle am letzten Sonntag vernommen worden. Die Anklage lautet auf Mordversuch.

Mordversuch, wenn die Polizei die öffentliche Ordnung schützt, und die Anklage von den Begünstigten der Unruheherde erhoben! Dafür wird geistig normalen Menschen jedes Verständnis fehlen. Die Düsseldorf Anklage ist daher nur aus dem französischen Bestreben zu erklären, die eigne Aufsicht von sich abzuwälzen.

#### Die Jagd nach den Billionen.

Die Franzosen beschlagnahmten neuerdings an Geldern bei einem Voten der Rede Brüchstraße 1,2 Billionen, bei der Firma Krupp 800 Millionen, auf der Rede Bismarck 2 Billionen, auf der Gute-Hoffnung-Gütte 288 Millionen und in der Wohnung des Eisenbahnschaffners Meiburg in Langendreer 1,344 Billionen, auf der Stadthauptkasse in Bochum 680 Millionen.

#### Der Essener Polizeipräsident als Geißel festgesetzt.

Der stellvertretende Polizeipräsident von Essen, Regierungsrat Friedensdorff, wurde als Geißel von den Franzosen festgenommen, während der seit dem 26. September in Einzelhaft befindliche Polizeirat Guenz erlassen wurde.

Der Bürgermeister Terjung aus Witten ist nach Verbüßung einer Freiheitsstrafe ausgewiesen worden.

#### Der Dienst muß beseitigt werden.

Die Gewerkschaften der Eisenbahner und Beamtenverbände der Reichsbahndirektion Essen beschloßen, den Dienst nicht wieder aufzunehmen, wenn nicht die Franzosen auf die Bedingungen bezüglich der Wlegung des Dienstes auf die Regie und Abgabe einer Richterkürung verzichteten, und wenn nicht familiäre Ausgewiesenen zurückkehren dürften. Dieser Beschluß ist den Franzosen von der Eisenbahndirektion in Ganzen telegraphisch mitgeteilt worden.

Die Franzosen scheinen den vielen Schwierigkeiten, ohne welche sich die Wiederaufnahme der Arbeit glatt vollzogen hätte, immer neue hinzuzufügen zu wollen. So verlanet, daß sie beschlagnahmten, den angeblich zu großen Beamtenapparaten zugehören und auf den Bahnhöfen Werkbüros für Eisenbahner einrichteten. Das paßt schlecht zu der in Paris angeblich beschlossenen Freigabe des Ruhrgebietes.

